

Be 20. Dez. 66 17

3003 Bern, den 19. Dezember 1966.

o.745.01.- HT/bi.

Herrn Bundesrat Rudolf G n ä g i
Vorsteher des Eidgenössischen
Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements
B e r n

Internationale
Atomenergieagentur, Wien

Herr Bundesrat,

Wie Sie wissen, erfolgte der Schriftverkehr zwischen den interessierten Diensten der Bundesverwaltung, vorab dem Delegierten für Fragen der Atomenergie, und der Internationalen Atomenergieagentur in Wien bisher stets durch Vermittlung des Politischen Departements; ihre Korrespondenzen betreffen indessen immer mehr rein wissenschaftliche und technische Probleme, zu welchen sich das Politische Departement aus naheliegenden Gründen nicht äussern kann. Der Uebermittlungsweg über das Politische Departement ist damit zu einer reinen Formalität geworden, die diesem unverhältnismässige Mehrarbeit verursacht und gleichzeitig die Kontakte zwischen den direkt interessierten Diensten der Bundesverwaltung und der Agentur nur verzögert.

Andererseits haben es die speziellen Sachkenntnisse des Delegierten für Fragen der Atomenergie bisher angezeigt erscheinen lassen, diesem jeweils die Leitung der schweize-



- 2 -

rischen Delegationen an den Generalkonferenzen der Agentur anzuvertrauen. Diese Praxis hat sich in der Vergangenheit sehr bewährt; das Politische Departement wird sie auch in Zukunft befürworten.

In Anbetracht dieser Sachlage möchte ich Ihnen vorschlagen, den Delegierten für Fragen der Atomenergie als federführende Instanz der Bundesverwaltung für alle Belange der AIEA zu bezeichnen und ihm auf den 1. Januar 1967 hin die Verwaltung der schweizerischen Beiträge an diese Organisation anzuvertrauen, wobei aus finanz-technischen Gründen die im Verlaufe des kommenden Jahres fälligen Leistungen noch dem Budget des Politischen Departements (Rubrik 201.493.19) belastet würden. Dabei versteht sich, dass das Politische Departement im Rahmen seiner normalen Aufgaben weiterhin zuständig bliebe für Fragen aussenpolitischer Natur, die sich für die Schweiz aus ihrer Zugehörigkeit zu der Agentur ergeben. Der Delegierte hätte das Politische Departement daher über alle diese Probleme zu dokumentieren und zu konsultieren; auch wünscht das Politische Departement, sich weiterhin in den schweizerischen Delegationen an den Generalkonferenzen der Agentur vertreten zu lassen. Die Schweizerische Botschaft in Wien hätte ihrerseits über die Belange der Agentur grundsätzlich nur noch mit dem Delegierten für Fragen der Atomenergie zu korrespondieren; mit Kopien hätte sie dem Politischen Departement jedoch Kenntnis zu geben vom Inhalt aller ihrer Korrespondenzen mit dem Delegierten und der Agentur über aussenpolitische Probleme; in gleicher Weise hätte die Botschaft dem Politischen Departement je zwei Exemplare der von der Agentur über diese Probleme veröffentlichten Dokumente direkt zu übermitteln.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen wollten und versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(Spühler)